

Langguth,  
Gerd

28-1-73

Gerd Langguth

CDU und Jungwähler

Überlegungen zu einer langfristigen  
Konzeption einer Jugendarbeit der CDU

Vorlage zur Sitzung des Bundesvorstandes der CDU  
am 27. / 28. Januar 1973 in Bonn

Gerd Langguth

CDU und Jungwähler - Überlegungen zu einer langfristigen Konzeption einer Jugendarbeit der CDU

### I. Der 19. November 1972

Das Wahlergebnis des 19. November 1972 zeigt, daß es die Union insbesondere bei den Jungwählern - neben anderen Bevölkerungsgruppen - unterlassen hat, sich überzeugend darzustellen. Die Jugendarbeit würde weitgehend dem politischen Gegner überlassen: Nicht einmal ein Drittel aller Jungwähler waren bei den zurückliegenden Bundestagswahlen bereit, die Unionsparteien zu unterstützen. Besonders eklatant zeigte sich dies beispielsweise in Hamburg, wo die CDU bei den männlichen Jungwählern zwischen 18 und 25 Jahren kaum mehr Zweitstimmen erringen konnte als die FDP ( Siehe "Welt" 20.12.1972 ). Während die Bonner Regierungskoalition aus SPD und FDP, die nach dem Gesamtergebnis der Hamburger Testwahlbezirke bei den Männern 67,8% und bei den Frauen 66,0 % der Zweitstimmen erhielt, fanden die Koalitionsparteien bei den Jungwählern erheblich mehr Sympathie: Die männlichen Jungwähler stimmten zu 81,9 % für sie, die weiblichen zu 80,9 %. Die CDU, die in den ausgewerteten Wahlbezirken bei den Männern insgesamt auf 30,8 % und bei den Frauen auf 33,3 % kam, schaffte bei den Wählern zwischen 18 und 25 Jahren nur knapp mehr als die Hälfte davon: Bei den männlichen Jungwählern 16,4 und bei den weiblichen 18,2 %.

Diese und ähnliche Wahlergebnisse zeigen, daß es für die CDU jätzt nicht darauf ankommt, lediglich kurzfristige Aktivitäten hinsichtlich ihres Verhältnisses zur jungen Generation vorzuweisen. Notwendig ist eine Konzeption einer langfristigen Jugendarbeit, die ausgehen muß von der tatsächlichen Situation der jungen Generation. So können Maßnahmen zur Jugendarbeit erst dann Erfolg nachweisen, wenn diese die Ausgangssituation der jungen Generation einbeziehen.

### II. Ausgangslage: Teilkultur Jugend

1. Die politischen Wertvorstellungen der derzeitigen jungen Generation sind nicht durch Erfahrungen im Krieg, mit Totalitarismus, sozialer und ökonomischer Unsicherheit geprägt. Aufgewachsen in einem freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat, umgeben von materiellem Wohlstand und sozialer Sicherheit, wird von der jungen Generation die kritische Auseinandersetzung mit den heutigen politischen und gesellschaftlichen Realität gesucht. Nicht zuletzt stehen daher auch die Probleme der Friedenssicherung, der Dritten Welt und der Weiterentwicklung

- von Demokratie und Gesellschaft im Vordergrund des politischen Engagements weiter Teile der jungen Generation.
2. Die Wertvorstellungen der jungen Generation sind aber auch - im Gegensatz zu früheren Jahrhunderten, in denen dem Alter eine besondere Ehre zukam - geprägt unter dem Eindruck der "Fetischisierung" der Jugend als solcher. Das Jugendliche schlechthin wird häufig isoliert gesehen und zum Teil einseitig zur Norm erhoben, wobei die Probleme des - im Gegensatz zur Jugend - nicht privilegierten Alters kaum gesehen werden.
  3. Die Jugendlichen haben sich eigene Teilkulturen mit eigenen Normen geschaffen, wobei die Grenzen der Bewegungsfreiheit allerdings durch die Erwachsenen gesetzt werden. Es erscheint vielen Jugendlichen jedoch oft leichter, sich den Normen der Erwachsenenwelt zu widersetzen als denen der eigenen Teilkultur. Da die Gesellschaft für den Jugendlichen keinen eigenen anerkannten Status schafft, schafft dieser sich einen eigenen. Jugend ist also keine statische, sondern eine soziale Gruppe mit Bewußtsein der Gemeinsamkeit und des gemcin-  
Handelns.
  4. Die zunehmende politische Bedeutung der jungen Generation hat sich gerade am Beispiel der zurückliegenden Bundestagswahlen deutlich erwiesen. Das Wahlverhalten großer Teile der jungen Generation kam aber nicht ganz überraschend, da auch seitherige Meinungsbefragungen bereits deutlich nachwiesen, daß offensichtlich der CDU die Fähigkeit zu einem vernünftigen Verhältnis zur jungen Generation abgesprochen wird. Denn Meinungsumfragen - so WEMA nach den Bundeswahlen 1969 - haben ergeben, daß die Wählergruppe zwischen 18 und 27 Jahren die Aufgabe: " ein richtiges Verhältnis zur Jugend finden" mit 75 Prozent eher von der derzeitigen und damaligen Regierung verwirklicht findet als von den Oppositionsparteien, die lediglich mit 8 Prozent in der Skala erschienen !

### III. Junge Generation zum Parteien - und Regierungssystem

1. Nahezu zwei Drittel der "jungen Intelligenzschicht" stehen dem Parteiensystem in gewisser Weise mit Mißtrauen gegenüber und sind von ihm unbefriedigt (EMNID).
2. Ca. 24 % der Oberschüler und Studenten zwischen 17 und 25 Jahren lehnten Mitte 1968 die parlamentarische Staatsform mehr oder weniger ab (EMNID).
3. Marxistische bis zu kommunistischen Sympathien wurden im Juli 1968 bei einem Drittel der Oberschüler und Studenten zwischen 17 und 25 Jahren, im Dezember 1968 noch bei 28 Prozent der Befragungsgruppen festgestellt, trotz kurz zuvor erfolgter CSSR - Aktion. (EMNID)

4. Die Einschätzung "des SPD-Politikers" liegt bei 61 Prozent der befragten Wähler zwischen 18 und 27 Jahren bei "demokratisch", die "des CDU-Politikers" jedoch nur bei 37 Prozent (WEMA).

#### IV. Verhältnis der jungen Generation zur CDU

1. Bei den zurückliegenden Landtagswahlen konnten die Unionsparteien nur in einem Teil der Bundesländer bei den Jungwählern, bei den 18 bis 25jährigen, eine Mehrheit auf sich vereinigen, so in Rheinland-Pfalz, wo die CDU 47,2 Prozent bei den 18 bis 25jährigen auf sich vereinigen konnte, im Vergleich zur SPD: 44,2 Prozent. Auch in Baden-Württemberg erhielt die CDU die Mehrheit der Jungwähler (genaue Zahlenangaben liegen dem Verfasser nicht vor). Bei den Landtagswahlen nach 1969 in Nordrhein-Westfalen, Hamburg und Hessen hat die CDU die Mehrheit der Erst- und Jungwähler an die SPD abgeben müssen. Vergleichszahlen Landtagswahlen Nordrhein-Westfalen: CDU: 39, 1 Prozent, SPD 50, 9 Prozent; Hamburg: CDU 18,9 Prozent, SPD 63,9 Prozent; Hessen: CDU 30,3 Prozent, SPD 48,9 Prozent.

2. Das Bild der CDU in der jungen Generation gilt als eindeutig rückständig. Hier das Umfrageergebnis: 4

42 %	der 18 bis 27jährigen	meinen,	die CDU sei	"rückständig
42 %	" 18 bis 27jährigen	" , "	" " "	"bewährt"
41 %	" 18 bis 27jährigen	" , "	" " "	"überheblich",
39 %	" 18 bis 27jährigen	" , "	" " "	"schwerfällig",
38 %	" 18 bis 27jährigen	" , "	" " "	"beständig",

nur 11 % dieser Befragungsgruppe hält die CDU für "fortschrittlich" und 10 Prozent für "ideenreich".

Als Vergleich hierzu die Einschätzungsunterschiede zwischen CDU und SPD bei Befragten mit mindestens Abitur. Bei der Frage nach den Eigenschaften, die eher zur CDU, bzw. zur SPD passen, entstand folgende Skala:

	CDU		SPD
schwerfällig	40 %	fortschrittlich	67 %
rückständig	40 %	aktiv	52 %
bewährt	37 %	ideenreich	41 %
selbstgerecht	33 %	leistungsfähig	29 %
überheblich	31 %		
beständig	29 %		

Einschätzungsunterschiede zwischen CDU und SPD  
bei Oberschülern und Studenten zwischen 18 und 27 Jahren

Eigenschaften, die eher zur <u>CDU</u> passen		Eigenschaften, die eher zur <u>SPD</u> passen	
rückständig	40 %	fortschrittlich	60 %
schwerfällig	40 %	ideenreich	43 %
bewährt	33 %	aktiv	34 %
überheblich	32 %	leistungsfähig	31 %
beständig	22 %	vernünftig	16 %
machthungrig	22 %	vertrauenserweckend	10 %
selbstgerecht	23 %		
unglaublich	16 %		
unzuverlässig	8 %		

( EMNID - 1968 ermittelt )

3. Das Bild der CDU ist weniger mit dem Wort "Demokratie" verbunden ( wie bereits unter III,4 erwähnt): Einschätzung "des CDU-Politikers" bei 18-27jährigen Oberschülern und Studenten nur 37 Prozent "demokratisch", bei "SPD-Politikern" 61 Prozent.

V. Langfristige Konsequenzen \*

1. Gerade die Jugendarbeit muß sehr langfristig angelegt sein. Erfolge können sich nur dann einstellen, wenn nicht nur "formale" Maßnahmen getroffen werden, sondern wenn auch die Inhalte der CDU-Politik für die junge Generation attraktiv sind. Das heißt: Die CDU muß es verstehen lernen, glaubwürdige, attraktive Leitbilder ihres politischen Handelns herauszustellen. Sie muß das ideelle Vakuum im Industriemilieu unserer materiell orientierten Leistungsgesellschaft als solches stärker in ihre politische Position hineinbeziehen.
2. Es gilt verstärkt, die geistigen Grundlagen der CDU aufzuzeigen. Der Weizsäcker - Bericht auf dem Bundesparteitag in Wiesbaden kann hierzu nur ein erster Anfang sein. Als besondere Schwerpunkte der Weiterentwicklung der geistigen Grundlagen sind anzusehen: Probleme und Chancen nach mehr Freiheit in der modernen Gesellschaft, Weiterentwicklung des "C" u.a.

\* siehe hierzu auch ausführlicher: Schwarz-Schilling/Langguth, Überlegungen einer langfristigen CDU-Politik.

-5-

3. Die Formel der "dynamischen Demokratie" muß in die Praxis der CDU Eingang finden. Die Parteiarbeit der CDU muss für die junge Generation attraktiver werden. Vor allem muß die CDU nachweisen, daß die Attraktivität der Parteiarbeit nicht weniger gering ist als die der konkurrierenden Freizeitmöglichkeiten.

4. Die CDU muß ihr gestörtes Verhältnis zur jungen Generation und vor allem zu den Intellektuellen durch zahlreiche mittel- und langfristige Maßnahmen verbessern. Erfolge können sich jedoch nur langfristig einstellen, doch ist in diesem Zusammenhang die Rolle der Intellektuellen als Multiplikatoren in unserer Gesellschaft als besonders wichtig einzuschätzen.

#### VI. Mittel - und kurzfristige Konsequenzen

1. Eine neue institutionelle Form der Bildungsarbeit innerhalb vor allem der jüngeren Parteimitglieder ist unumgänglich. So reicht die Arbeit allein der Akademie Eichholz und anderer Bildungsinstitutionen hierfür bei weitem nicht aus. Es muß eine systematische Schulung ("Parteihochschulen") erreicht werden, die sich nicht nur auf grundsätzlich aktuelle politische Fragen beziehen, sondern auch die Parteiarbeit betreffen sollte (Mitgliederwerbung, Führung eines Kreisverbandes, Rhetorikschulung u.a.). Auch hierdurch könnte eine grössere Attraktivität der CDU bei engagementwilligen Jugendlichen entstehen.

2. Intensive Unterstützung vor allem des Schülerverbandes der Jungen Union.

3. Jugendspezifische Meinungsumfragen. Grundlage der jugendpolitischen Bemühungen müssen empirisch-wissenschaftliche Untersuchungen sein, die das Image der CDU zu beleuchten haben. So sollte z. B. auch besonders der studentische Bereich - wo solche Meinungsumfragen für Studentenwahlen dringlich geboten sind - hier untersucht werden.

4. Jugendkongreß der CDU. Dieser Jugendkongreß sollte nicht am Anfang verstärkter jugendpolitischer Bemühungen stehen. Er hat vor allem demonstrative Wirkung.

-6-

5. Diskussionskongresse mit gezielten Ansprechgruppen, z.B. Schülerpresse, evangelische oder katholische Jugend, Lehrlinge.

6. Einrichtung politischer Clubs, in denen eine offene Diskussion des Selbstverständnisses der CDU stattfinden sollte; auch für Nichtparteimitglieder offen, daher auch hier Funktion der Integration.

7. Die Partei muss sich durch Bildung von Arbeitskreisen auch für Nichtmitglieder öffnen; auch hier wiederum Funktion der Integration.

### VII. Sofortprogramm zur Jugendarbeit

1. Um die Erfahrungswerte aus dem Wahlergebnis, insbesondere die der Jungwähleranalyse, möglichst schnell für eine gezielte Jugendarbeit nutzbar zu machen, sollte ein Expertengremium ( aus Jugendpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion , Landtagsfraktionen, JU, RCDS ) gebildet werden.

2. Ein "Jugendsekretär" muss für alle Führungsmaßnahmen der Jugendarbeit verantwortlich sein. Der Jugendsekretär sollte nach Möglichkeit vom Generalsekretär bestellt werden. Ihm steht das Expertengremium beratend zur Seite. Dem Jugendsekretär ist ein seiner Aufgabe angemessener Etat zur Verfügung zu stellen.

Vordringliche Aufgabe des Jugendsekretärs wird darin bestehen, die Jugendarbeit der einzelnen Kreisverbände zu aktivieren, und zwar durch Auswahl und Schulung geeigneter Jugendreferenten.

Ein weiteres Nahziel ist die Entwicklung von Modellen und Pilotprogrammen (Testprogrammen) für eine bundesweite Jugendarbeit. Bei dieser Aufgabe ist eine permanente Beratung und Mitarbeit durch parteineutrale Persönlichkeiten aus der Wissenschaft und aus der Praxis der Jugendarbeit sicherzustellen.

Der Jugendsekretär sorgt für einen kontinuierlichen Informationsfluß zwischen allen an der Jugendarbeit beteiligten Mitarbeitern. Die Verteilerregelung wird in der Parteizentrale vorgenommen, um um eine Zielgruppen-spezifische Ansprache der Jugendlichen zu gewährleisten.

-7-

3. Als Schwerpunkte der Arbeit des Jugendsekretärs sind insbesondere anzusehen:

- a) systematische Grundlagenarbeit zur Entwicklung einer modernen Jugendpolitik: Recherchen, Analysen, Informations-Aufbereitungen etc.
- b) Erarbeitung und ständige Überprüfung pädagogischer Konzepte für die politische Bildung.
- c) Ausbildung geeigneter Kräfte für die politische Jugendarbeit.
- d) Sach - und Rhetorikkurse für die Vorbereitung von Jugendlichen auf die Mitarbeit in der Schülermitverwaltung, in Betriebs - Jugendvertretungen und anderen Gremien.
- e) Gruppendynamische Seminare, Studienreisen und Praktika, um politische Probleme erfahrbar zu machen. Beispiel für Erlebnissfelder:
  - Einsatz der Polizei für die Sicherheit der Bürger
  - die Arbeit der Gerichte zur Erhaltung des Rechtes
  - Streuung von Informationen durch die Massenmedien
  - Dienstleistung der Soldaten für die Gemeinschaft der Staatsbürger
  - Umweltschutz als aktuelles Problem der Kommunalpolitik etc.
- f) Informationsdienst für Schülerzeitungen ( auch Beilagen )
- g) Jungwähler mit (kommunal)politischem Bezug.
- h) Nachrichtendienst für die Redakteure von Jugendzeitschriften und Rundfunksendungen.
- i) Arbeitshilfen für Lehrer und Jugendpfleger.
- k) Unterstützung der Jugendoffiziere der Bundeswehr auf der Ebene der Orts - und Kreisverbände.

4. Der Jugendsekretär sollte auf folgende Maßnahmen durch organisatorische Hilfestellungen hinwirken:

- a) Besuch von Jugendveranstaltungen durch ausgewählte Repräsentanten der Partei.
- b) Einladung der Jugendlichen zu Wahlreisveranstaltungen
- c) Gewährung von Hilfestellungen bei Jugendveranstaltungen ( z.B. Zeltplätze, Heime, technische Möglichkeiten wie Megaphone etc. )
- d) "Kamingespräche" von CDU-Politikern mit interessierten Jugendlichen, Gespräche in Jugendherbergen, Jugendheimen, in den Häusern der konfessionellen Jugendverbände u.a.



-8-

e) Kontaktaufnahme junger Abgeordneter und Stadträte zu Schul- und Klassensprechern sowie Leitern von Jugendgruppen.

Bonn, den 19. Januar 1973

gez. Gerd Langguth

Anmerkung

Die empirischen Angaben stützen sich auf die Studie "Junge Intelligenzschicht" von EMNID, die im Jahre 1968 durchgeführt wurde, ferner auf eine WEMA - Studie, die nach den Bundestagswahlen des Jahres 1969 erstellt wurde.